

als ewiges Erbe für unsere Kinder und Kindeskin-
der, die nach uns kommen."

(Aus: „Der Weg“, 5 [Berlin, 17. 11. 50] 46. 2.)

11. 5) Zeichen des Antisemitismus in Deutschland

Wie in vorangehenden Nummern (Nr. 5/6, S. 15) weisen wir darauf hin, daß dem deutschen Volk von dem Kreis aktiver Antisemiten großer Schaden zugefügt wird. Wiederum sind Vorfälle zu registrieren, die in der Öffentlichkeit am meisten diskutiert wurden und die zeigen, wie notwendig die Aufklärungsarbeit und die Förderung christlich-jüdischer Freundschaft ist.

11. 5a) Zum Fall Harlan

Zur gleichen Zeit, in der in Berlin das Gastspiel des Wiener Burgtheaters wegen der Demonstration gegen den Hauptdarsteller des Nazifilms „Jud Süß“, Werner Krauss, abgebrochen werden mußte, steht auch der Regisseur dieses antisemitischen Hetzfilmes, Veit Harlan, erneut im Mittelpunkt einer heftigen Auseinandersetzung. Der Leiter des Staatl. Presseamtes in Hamburg, Senatsdirektor Erich Lüth, der öffentlich zum Boykott des neuen Harlan-Films „Unsterbliche Geliebte“ aufgefordert hatte, mußte sich vom Hamburger Landgericht als der ersten Instanz sagen lassen, daß es „sittenwidrig“ sei, das Filmschaffen eines „ordnungsgemäß“ entnazifizierten und von einem deutschen Gericht von der Anklage des Verbrechens gegen die Menschlichkeit freigesprochenen Regisseurs zu boykottieren. Für die Bewertung der moralischen Schuld von Harlan war im Entscheid des Hamburger Landgerichts offenbar kein Raum. Der Kampf gegen die Rückkehr des „Nazi-Filmregisseurs Nr. 1“ geht daher in der Öffentlichkeit mit unverminderter Leidenschaft weiter. So haben sich verschiedene Bundestagsabgeordnete, tausende sozialdemokratische Funktionäre aus Hamburger Betrieben, Jugendorganisationen, ferner auch der Vorsitzende des Verbandes der bayrischen Lichtspieltheater und viele andere ausdrücklich mit Senatsdirektor Lüth solidarisch erklärt. Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei in der deutschen Delegation zum Europarat haben Harlan in einem Telegramm an Lüth als einen der „Hauptunterstützer der Nazi-Judenhetzer, deren Opfer über 5 Millionen waren“ bezeichnet. Der Bundestagsabgeordnete Arndt hat in Anspielung auf das Urteil des Hamburger Landgerichts erklärt, die gute Sitte erfordere den Boykott des neuen Harlan-Films.

(Aus JUNA, [Zürich, 28. 12. 50] 50/11. 5/6)

Die Tatsache, daß der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Hamburg, Brauer, sich mit der Haltung von Lüth identifizierte, war für diesen eine moralische Hilfe. In hunderten von eingesandten Briefen an die Redaktion war die Unterstützung nicht ganz so einstimmig. Man scheut sich irgendwie, die Frage der Schuld zu berühren. Ein Arbeiter schrieb im Auftrag seiner sechzig Kollegen, daß sie nur an guten Filmen interessiert seien, und daß sie gewiß wären, daß Harlan solche herausbringen würde. Lüth wird fast täglich mit Briefen überflutet, von denen ihn 9 unter 10 in seinem Protest unterstützen. „Man hat mich sogar mit Blumen und Obst beschenkt, aber der rührendste Vorschlag kam von einem arbeitslosen Arbeiter, der mir aus seinem mageren Einkommen 1 Mark wöchentlich anbot, um mir bei der Durchführung meines Kampfes zu helfen. Deutsche Intellektuelle und Pfarrer, der Beauftragte der UNESCO, der Dichter Albrecht Goes, Günther Birkenfeld vom Berliner RIAS, die jüdischen Gemeinden in Deutschland und verschiedene Organisationen der Verfolgten des Nationalsozialismus bekundeten offen ihre Sympathie. Der Südfunk interviewte mich und gab mir die Plattform, um meine Ansicht darzulegen. Aus Holland schrieb der größte Filmverleiher, daß „Jud Süß“ die tödlichste Waffe gegen die holländischen Juden war, und daß ein Wiedererscheinen von Veit Harlan nicht geduldet würde.“

(Aus: Information issued by the Association of Jewish Refugees. VI. [January, 1951] 1. p. 3)

Die „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit“ in Frankfurt a/M., die sich in einer u. a. von Professor Franz Böhm und dem Herausgeber der „Frankfurter Neuen Presse“, Dr. Hugo Stenzel, unterzeichneten Erklärung der Auffassung von Lüth angeschlossen und die Filmverleiher und Theaterdirektoren

aufgefordert hatte, gegenüber dem neuen Harlan-Film „Charakter zu zeigen“, hat in dem Augenblick, als der Film trotzdem in Frankfurt angekündigt wurde, folgendes plakatiert:

Wer will für Veit Harlan demonstrieren?

In diesen Tagen soll in allen Teilen Deutschlands ein neuer Film Veit Harlans aufgeführt werden.

Gegen den Film selbst haben wir nichts einzuwenden, wir kennen ihn nicht. Aber sein Regisseur Veit Harlan ist der Mann, der seinen Namen und sein Können für den Hetzfilm „Jud Süß“ hergegeben hat. Er hat dem deutschen Volk und dem Ansehen des deutschen Films den schwersten Schaden zugefügt, den ein Mensch seinem Volk und seiner Sache zufügen kann. Er ist mitschuldig, wenn die deutschen Künstler und Intellektuellen in den Verruf gekommen sind, daß sie sich zu jeder politischen Schandtats hergeben, nur um eine Rolle zu spielen und im Vordergrund zu stehen. Vor dem Schwurgericht in Hamburg sagte ihm sein Richter bei Verkündung des Freispruchs, er habe keinen Anlaß, den Saal erhobenen Hauptes zu verlassen. Trotzdem ließ er sich die Sympathiekundgebungen der Unbelehrbaren gefallen.

So ist Veit Harlan heute im Begriff, ein zweites Mal dem deutschen Namen schweren Schaden zuzufügen. Es ist grausam und ein Zeichen von Herzensträgheit, den Hinterbliebenen der Opfer zuzumuten, mitanzusehen, wenn in Deutschland schon wieder Filme eines Mannes gezeigt werden, der vor wenigen Jahren zum grauenvollen Massenmord die filmische Ouvertüre geschrieben hat. Ist es zu viel verlangt, daß sich Veit Harlan, wenn er schon sein Unrecht nicht eingestehen will, mindestens im Hintergrund hält? Daß Filmhersteller auf ein Geschäft, Theaterbesitzer auf einen Kassenerfolg und Filmbesucher auf eine Unterhaltung verzichten?

An dem Film Veit Harlans sollen sich die Geister in Deutschland scheiden. Möge sich jeder Deutsche darüber klar sein, daß er sich an einer politischen Sympathie-Demonstration für Veit Harlan beteiligt, wenn er den neuen Film dieses Mannes besucht, daß er dadurch nachträglich und freiwillig die Mitschuld für die moralische Untat eines Einzelnen auf sich nimmt, daß er einen Akt der Roheit gegenüber den Opfern der Judenmorde und der Judenverfolgung begeht.

Wir protestieren gegen eine verlogene Propaganda, die Harlan als einen Märtyrer feiern will.

Wir fordern vielmehr, daß jeder Mensch die Verantwortung für seine Handlungen trägt und die Folgen seiner Taten auf sich nimmt.

Wir verwahren uns dagegen, daß dem Mord von gestern die Kränkung von heute hinzugefügt wird.

Wir fordern, daß der neue Film Veit Harlans von dem Spielplan abgesetzt und aus dem Verkehr gezogen wird.

Wir rufen die Masse der Gutgesinnten auf, der Sympathie-Demonstration für Harlan die einzig richtige Antwort zu erteilen: Geht zu anderen Filmen, nicht zu diesem. bleibt zu Hause und zeigt damit der Welt, wie das deutsche Volk wirklich denkt, und wer bei uns den Ton angibt.

Wer unserer Meinung ist, der meide diesen Film.

Wer unserer Meinung ist, der kläre die Schwachen auf.

Im Prozeß vor dem Hamburger Landgericht hat der Anwalt der Domnick-Filmgesellschaft erklärt, daß der neue Harlan-Film bereits auch nach der Schweiz verkauft worden sei. Man kann nur die bestimmte Erwartung aussprechen, daß der Schweiz die Blamage der Aufführung eines Harlan-Films erspart bleiben wird. Der Appell der Frankfurter „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit“, Charakter zu zeigen, verdient sicherlich die ernsthafteste Beachtung auch der schweizerischen Filmverleiher und Lichtspieltheater. Nach der einmütigen Verurteilung, die das Filmschaffen Veit Harlans während der Nazi-Zeit in der schweizerischen Presse gefunden hat, ist damit zu rechnen, daß sich die „Unsterbliche Geliebte“ in der Schweiz als lebensunfähig erweist.

(In: JUNA, [Zürich, 28. 12. 50] Nr. 50/11. S. 5/6.)

1. 5b) Die Berliner Studenten und das Krauss-Gastspiel

Der bisherige erste Vorsitzende der Studentenvertretung an der Berliner Technischen Universität, Günther Zwingmann, ist zurückgetreten. Zwingmann, der vor Beginn des Krauss-Gastspiels im Rias erklärt hatte, Berliner Studenten würden die Gastspielaufführung zu verhindern suchen, wurde von der stark besuchten Versammlung vorgeworfen, daß er bei seinem Auftreten gegen Krauss gegen den Willen der Mehrheit der TU-Studenten gehandelt habe. Zwingmann wies insbesondere auf die moralische Verpflichtung der anständigen Deutschen hin, sich schützend vor die angegriffene jüdische Minderheit zu stellen, wo immer es notwendig sein sollte. . . Der neugewählte Präsident Dr. Heinz Felix Heiling richtete anläßlich der Ereignisse um das Auftreten von Werner Krauss in Berlin im Namen des 5. Studentenparlaments der Technischen Universität Berlin folgendes Schreiben an den Vorstand der jüdischen Gemeinde zu Berlin:

„Die Ereignisse der letzten Tage gaben dem Studentenparlament abschließend zu folgender Feststellung Anlaß: Die Studentenschaft der Technischen Universität, vertreten durch ihr Parlament, wird sich jedem Versuch, in Deutschland erneut ein Rassenproblem zu propagieren, mit allen Mitteln entgegenstellen.

Dies sei nochmals ausdrücklich betont, da durch einige bedauerliche Entgleisungen und verschiedene inobjektive Berichterstattungen in der Öffentlichkeit vielleicht ein falscher Eindruck entstanden sein könnte.

Wir rücken ausdrücklich von allen Ereignissen ab, die in Zukunft geeignet sein könnten, die jüdischen Mitbürger unserer Stadt zu verletzen.“

(Aus: „Der Weg“ 5. [Berlin, 22. 12. 50] 52, 4., u. D. U. Z. 6. [Göttingen, 12. 1., 51] S. 26.)

Im Namen des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin richtete *Heinz Galinski* folgendes Antwortschreiben an den neugewählten Präsidenten des Studentenparlamentes der T. U. *Hans Felix Heiling*:

„Mit Genugtuung haben wir Ihrem Schreiben entnommen, daß die Studentenschaft nunmehr gewillt ist, das Gift des Antisemitismus, soweit noch vorhanden, beseitigen zu helfen. Wenn die Vertretung des Studentenparlamentes zum Ausdruck bringt, sich von allen Ereignissen zu distanzieren, die geeignet sind, jüdische Mitbürger zu verletzen, so sehen wir darin einen erfreulichen Beweis guten Willens. Bedauerlich bleibt nur, daß es über diese Frage Diskussionen geben mußte und daß es nicht schon anläßlich der Krauss-Affäre zu einem einheitlichen Manifest gekommen ist.“

Die Studentenvertretung der Pädagogischen Hochschule von Groß-Berlin nahm in einem Schreiben an den Vorstand der Jüdischen Gemeinde nochmals zu den letzten Ereignissen Stellung. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Galinski! Nachdem nunmehr die Unruhen um Werner Krauss und Walter Felsenstein sich gelegt haben, erlaube ich mir, eine abschließende Stellungnahme von ASTA und Konvent der Pädagogischen Hochschule zu den Vorfällen der letzten Wochen zu übermitteln.

Wir halten die Einladung des Wiener Burgtheaters mit Werner Krauss durch den Berliner Magistrat nach wie vor für einen bedauerlichen Mißgriff. Wir distanzieren uns scharfstens von allen antisemitischen Äußerungen, die im Laufe der Auseinandersetzung von einzelnen Unbelehrbaren gefallen sein mögen.

Wir sind der Meinung, daß es unsere Pflicht ist, jede in unserer Mitte lebende Minderheit vor Beleidigungen und unbilligen Angriffen zu schützen. Wir sind entschlossen, allen Bestrebungen, die im Gegensatz zu diesen Grundsätzen stehen, entgegenzutreten; mögen sie von Einzelnen oder von Gruppen, innerhalb oder außerhalb der Studentenschaft vertreten werden.

Seien Sie unserer Solidarität gewiß!

Mit vorzüglicher Hochachtung!

(gez.) *Werner Nowack*, Vorsitzender.*

(In: „Der Weg“, 6, [Berlin, 5. 1. 51.] 1, 8 2.)

11. 5c Berlin und Werner Krauß

In einer längeren Berliner Korrespondenz befaßt sich der Züricher „Tages-Anzeiger“ (13./14. Dezember) mit dem Fall Werner Krauss. Der Artikel führt u. a. aus:

„Der Hinweis des Magistrats auf die dreimalige Entnazifizierung von Werner Krauss ist auch dann nicht stichhaltig, wenn man den Entnazifizierungs-Spruchkammern

die Objektivität eines normalen Gerichtes zubilligt; auch Hjalmar Schacht und sogar Veit Harlan wurden mit Erfolg entnazifiziert, ohne daß es dadurch wünschenswerter geworden wäre, ihnen wieder im öffentlichen Leben zu begnügen.“ Er unterstreicht dann die Tatsache, daß Werner Krauss fünf verschiedene Judenrollen in dem zur geistigen Vorbereitung des Judenmordes eingesetzten Film „Jud Süß“ gespielt hat, daß er ins Warschauer Ghetto reiste, um unter dem Schutz von SS-Leuten Studien für diese Rollen zu machen; daß er in Grußbotschaften an Hitler seiner Freude darüber Ausdruck gab, „das wahre Gesicht des Judentums“ aufgedeckt zu haben. „Diesen Tatsachen gegenüber hilft keine Entnazifizierung, helfen keine Reuebeteuerungen. Wenn ein Mann der Beihilfe an einem Mord angeklagt war und freigesprochen wurde, weil das Gericht mildernde Umstände gelten ließ, ist er für die Familie des Ermordeten noch lange nicht unschuldig.

(Aus: Israelitisches Wochenblatt, 50 [Zürich, 22. 12. 50] 51. 18.)

11. 5d) Antisemitismus in Landsberg

Die immer erbitterter und aufgeregter werdenden Diskussionen um die in Landsberg inhaftierten und zum Tode verurteilten Kriegsverbrecher scheinen uns in einer allgemeinen Atmosphäre der Unklarheit geführt zu werden, die wie immer die Tendenz hat, zu einer Atmosphäre der Unaufrichtigkeit zu werden.

Zunächst einmal wird die Verschiedenartigkeit der einzelnen Gruppen der Verurteilten nicht beachtet. Von den 48 Häftlingen sind 12 SS-Führer, die den sogenannten Einsatzkommandos im Osten angehörten (Ohlendorf, Pohl und Genossen) und auf deren Schuldkonto unzweifelhaft die Ermordung von Tausenden unschuldiger Menschen steht, von einem internationalen Tribunal verurteilt; die Verurteilung der übrigen geschah durch amerikanische Kriegsgesichte, ihre Fälle sind z. T. durchaus verschieden gelagert. Die Entscheidung liegt bei der ersten Gruppe in der Hand der Hohen Kommission; bei der zweiten in der des amerikanischen Oberbefehlshabers.

Auch die Gründe, aus denen die Vollstreckung der Urteile bekämpft wird, sind verschieden und dementsprechend verschieden zu beurteilen.

1. sollen nämlich die einzelnen Verfahren, die zu dem Urteil geführt haben, schwere Rechtsmängel aufweisen, so daß seine Vollstreckung zu einer Zeit, die die Rettung der freien Welt in einer unbedingten Geltung des Rechtes und der tadellosen und genauen Durchführung aller Rechtsverfahren sieht, unerträglich erscheint;

2. wird darauf hingewiesen, daß die Todesstrafe in Deutschland abgeschafft, ihre Wiedereinführung entschieden abgelehnt worden ist, so daß also die Vollstreckung der Urteile eine Ausnahmejustiz in Deutschland bedeute;

3. wird betont, daß die lange Zeit seit der Urteilsfällung und die seelische Belastung der Verurteilten durch diese mehrjährige Wartezeit eine Umwandlung des Urteils als den heute einzig humanen Weg erscheinen lassen, um so mehr, als ja eben diese lange Zeit des Zögerns anscheinend eine innere Unsicherheit der mit der Vollstreckung beauftragten Stellen selber verrate;

4. spielen eine Menge stark affektbetonter Argumente eine Rolle, die von der Forderung, endlich zu vergessen und Vergebung zu üben, über die Auflehnung gegen den Vollzug der „Justiz der Sieger“ bis zu der ungeschminkten Propaganda reichen, daß die Urteilsvollstreckung den „Wehrwillen des deutschen Volkes“ lähmen würde.

Dementsprechend sind auch die Forderungen, die erhoben werden, verschieden: eine durchgehende Revision der Verfahren, eine Umwandlung der Todesstrafe in die ihr nach deutschem Recht entsprechende Strafe; eine Milderung der Urteile unter Berücksichtigung der in der Qual der Wartezeit enthaltenen schon erlittenen schweren Bestrafung und unter Berücksichtigung der Verschiedenartigkeit der Schwere der Fälle und der Persönlichkeit der Angeklagten; ein genereller Gnaden- oder Strafmilderungserlaß auf Grund der veränderten politischen Situation.

Es ist sehr bedauerlich, daß in den verschiedenen Erklärungen und Gesuchen der Gruppen, Organisationen, kirchlichen, staatlichen und parteilichen Stellen und Persönlichkeiten, die in dieser Sache Stellung genom-

men haben, weder die einzelnen Verurteilten oder Gruppen von Verurteilten noch die Begründungen oder vorgeschlagenen Maßnahmen klar und eindeutig auseinandergehalten worden sind. Auch in den Protesten gegen die Begnadigung geschieht dies nicht; so ist z. B. eine scharfe Erklärung des Zentralrates der Juden in Deutschland eindeutig nur auf die Gruppe der SS-Führer der Einsatzkommandos im Osten (Pohl, Ohlendorf und Genossen) bezogen, ohne zu erwähnen, daß auch noch eine andere Gruppe von Verurteilten da ist, deren Fälle wahrscheinlich mit anderen Maßstäben gemessen und individuell beurteilt werden müssen.

Diese Unklarheit ist um so bedauerlicher, als die affektgeladene Stimmung, die auf diese Weise um Landsberg entstanden ist, von bestimmten Elementen offensichtlich dazu benutzt wird, um im Trüben zu fischen und diese Affekte ausgerechnet gegen die zu lenken, die die Opfer der Verbrechen waren, um deren Bestrafung oder Begnadigung es sich hier handelt. Schön werden offene Ausbrüche von Antisemitismus in Landsberg selber gemeldet. Wir geben einen Bericht der „Allgemeinen Wochenzeitung“ (Düsseldorf) vom 12. 1. 1951 über diesen Vorfall wieder, dessen krasser Inhalt nur allzu geeignet ist, auch das Berechtigte an der Forderung nach Revision oder Umwandlung der Landsberger Urteile gründlich zu diskreditieren:

„Veranlaßt durch Erklärungen der verschiedensten deutschen Parteien und Kirchen fand am Sonntag, den 7. 1. 1951 in Landsberg eine Demonstration für eine Amnestie der in Landsberg inhaftierten zum Tode verurteilten Kriegsverbrecher statt.

Bei dieser Demonstration sind Juden, die gekommen waren, um gegen die eventuelle Begnadigung der Massenmörder Ohlendorf und Pohl sowie einige ihrer Genossen zu protestieren, mit dem Ruf: „Juden raus!“ empfangen worden. Ohlendorf ist allein an der Ermordung von 90 000 Juden schuldig...

Der bayrische Innenminister sah sich gezwungen, gegen den Oberbürgermeister Thoma in Landsberg eine Untersuchung einzuleiten, weil dieser bei der Landsberger Demonstration sich nicht nur dazu hinreißen ließ, die zum Protest erschienenen Juden aufs Tiefste zu beleidigen, sondern eine Sprache zu gebrauchen, die uns sehr an das Jahr 1933 erinnert. Er leitete seine Ansprache mit den Worten ein: „Die Zeit des Schweigens ist vorbei — es muß jetzt endlich gehandelt werden...“ und er forderte die erschienenen Juden auf, dahin zurückzugehen, wo sie hergekommen seien. (Tatsachen übrigens, die von den Nachrichtenagenturen nicht gebracht wurden). Es muß der Nachprüfung überlassen bleiben, ob diese Haltung des Oberbürgermeisters Thoma nicht die Ursache dafür war, daß aus den Kehlen von Hunderten von Schreibern die Worte „Juden raus!“ fielen...

11. 6) Jüdische Friedhöfe

11. 6a) Lebendige Vergangenheit

... Jetzt gehe aus der Stadt, wenn niemand schaut,
Und schleich dich stille Schritt für Schritt zum Friedhof,
Stell auf der Märtyrer frische Gräber dich
Und steh' und schau' und laß' die Wimpern nieder
Und werde Stein...

(Ch. N. Bialik „In der Stadt des Schächtena“)

Nicht von einer der vielen Gedenktafeln soll hier die Rede sein, wie sie zu hunderten nach dem Kriege errichtet wurden, sondern von einem eigenartigen Denkmal, das in dunkler Zeit errichtet wurde und heute ein stiller Zeuge barbarischer Pietätlosigkeit, aber auch jüdischen Geistes ist. Es sind nicht die Gebeine der in den Vernichtungslagern Ermordeten, von denen hier berichtet wird, sondern die jüdischen Ahnen der letzten Jahrhunderte, die, aus geweihter Erde gerissen, neu bestattet werden mußten. Die Jüdische Gemeinde in Mannheim ist so alt wie die Stadt Mannheim selbst. Am Anfang des 17. Jahrhunderts, als Mannheim zur Stadt erklärt wurde, hörte man auch von Juden, die beim Aufbau der neuen Stadt eine wichtige Rolle spielten.

Etwa 100 Jahre später, als auch Mannheim bei der furchtbaren Verwüstung der Pfalz zerstört wurde, flüchteten die Juden zusammen mit den anderen Bürgern aus der Stadt. Erst nach dem Ryswiecker Frieden, im Jahre 1697, kehrten auch die Juden zurück und beteiligten sich unter der Führung des Hof- und Milizfaktors Lemle Moses, genannte Reinganum (nach seinem Geburtsort Rheingönheim, einem

Dorf in der Pfalz) am Wiederaufbau der Stadt. Auch ihre Gotteshäuser bauten sie neu auf und legten einen Friedhof an. Diese Ruhestätte lag damals außerhalb der Stadt. Im Laufe der Jahrhunderte, während sich die Stadt erweiterte, wurde er von Straßen, Plätzen und Häusern umgeben und zwar im Zentrumsviertel F. 7. 1. Die Gemeinde hatte schon längst einen neuen Friedhof wieder außerhalb der Stadt angelegt, aber der alte Friedhof wurde weiterhin von der Kultusgemeinde und der Stadtverwaltung in Ehren gehalten und gepflegt.

Das Verhältnis zwischen den Juden und ihren Mitbürgern war harmonisch. Niemand fühlte sich durch die Anwesenheit dieser Ruhestätte mitten in der Stadt gestört. Sie war sogar ein Anziehungspunkt für Fremde, welche die architektonisch seltsamen Grabsteine bewundern konnten.

Im Jahre 1936 wurde plötzlich diese alte Friedhofsanlage als „störendes Objekt“ betrachtet. Die Behörde veranlaßte die sofortige Räumung. Jüdische Männer wurden gezwungen, die Zerstörung ihres Friedhofes selbst vorzunehmen. Aber zur Verwunderung der Umgebung meldeten sich freiwillig hunderte Gemeindemitglieder, darunter Greise, Frauen und Kinder, zu dieser Arbeit. Sie öffneten Grab um Grab, sammelten sorgsam die Gebeine und trugen sie in Kisten und Säcken zu dem neuen Friedhof. 3586 Ruhestätten wurden aufgegraben und die Gebeinreste wiederum in eigenartiger Weise zu „Kewer Israel“ überführt. Die ganze Gemeinde war geschlossen bei diesem Leichenbegräbnis zugegen. Unter großem Jammer wurden die Ahnenreste in einem Massengrab beigesetzt. Etwa 20 von den ältesten und seltsamsten Grabsteinen konnte man unbeschädigt erhalten; das gemeinsame Grab wurde mit ihnen umgeben.

Damals, im Jahre 1938, wurden bei diesem Hügel zwei Denkmäler errichtet, die in hebräischer und deutscher Sprache die seltsame Geschichte dieser Ruhestätte erzählen. Wir lesen auf ihnen:

„Was soll dieser Stein, den ich da sehe?
fragt verwundert der Vorübergehende:
Zeuge ist dieser Grabhügel,
edler Zeuge der Sammlung der Gebeine
der Frommen und Reinen.

3 5 8 6

der bei Lebzeiten Geliebten und Beliebten,
die auch im Tode beisammen blieben,
nachdem sie schon einmal ruhten,
ein jeder in seinem Grabe
auf dem Friedhof unserer Gemeinde Mannheim

F. 7. 1.

Sie wurden im Jahre 1938 hierher übertragen,
vorschriftsgemäß. Wurden gemeinsam in allen Ehren
im gemeinsamen Grabe gebettet.

Nun, Ihr, die Ihr im sel'gen Frieden ruht,
rechnet es uns nicht zur Sünde,
daß wir Eure Ruhe störten.

Denn nicht in böswilliger Absicht
taten wir es, wie jeder weiß.

Friede Euren Gebeinen!

Dieses Märtyrer-Denkmal ist unbeschädigt erhalten geblieben. Zwischen den Jahren 1938 und 1945 fand man oft Blumen vor diesen Steinen von geheimnisvollen Händen dort niedergelegt.

Mordechai Bernstein.

(In: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland
[Düsseldorf 10. 11. 50] 5, 31, S. 7.)

11. 6b) Ein moralischer Schuldschein eingelöst

Am 17. 9. 50 wurde der Opladener durch die Stadt wiederhergestellte jüdische Friedhof feierlich eingeweiht.

... Der Opladener Bürgermeister Wingchen, der auch das Protektorat für die Einweihungsfeierlichkeit übernommen hatte, betonte in seiner Ansprache, daß die Restaurierung des vor 11 Jahren von irgeleiteten Menschen geschändeten Friedhofes ein Akt der Wiedergutmachung sein solle. Das deutsche Volk müsse wieder Ehrfurcht vor der Majestät des Todes bekommen. Er sprach die Hoffnung aus, daß der Friedhof, den er in die Obhut der Synagogengemeinde Düsseldorf gebe, fortan ein Ort des Friedens sein möge und nie wieder geschändet werde.

Namens der Synagogengemeinde Düsseldorf übernahm Dr.